

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1298.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Schif. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkadt

Bezugspreis einjährlicher Fremdenlohn mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Reichsmark 100 Goldpfennig. Einschulung 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettmerplatz 10, Telefon 26 261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettmerplatz 10, Telefon 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Reklamereihe 20 Goldpf., die 50 mm breite Reklamereihe 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Verlagsanzeigen 40 Proq. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 160

Dresden, Freitag den 11. Juli 1924

35. Jahrg.

Drohender Zollwucher

In allen modernen Kulturstaaten gehören die Zollfragen zu den wichtigsten politischen Problemen, um die die öffentlichen Mächte angezogen werden. Schwere Beispiele hierfür sind, wie in England, das uns jetzt als klassisches Beispiel vor Augen tritt, die Getreidezölle abgebaut wurden, und in der Erinnerung vieler werden noch die Mäpfe sein, die im Jahre 1883 in Deutschland ausgelassen wurden. Damals vertrat die Sozialdemokratie gemeinsam mit der linken Gruppe der Arbeitervereine unter Göttsch und Vorst das deutsche Volk vor einer drohenden Vertehrung seiner Nahrungsmittel durch eine Zöllexaktion im Reichstag zu beschließen, und damals hielt der vor einigen Tagen verabschiedete Antrag seine bekannte achtstündige Rede gegen die Zollwucher. Der Widerstand gegen die Zollwucherungen war vergeblich. Die Agrarzölle wurden herabgesetzt und das deutsche Volk quitierte bei den nächsten Wahlen mit einer hohen Mehrheit der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate.

In den letzten Jahren haben Zollfragen bei den wirtschafspolitischen Erörterungen keine Rolle gespielt. Lange Zeit stand insoweit der idyllisch fortwährenden Geldentwertung unter einem Freiheitsnamen unter Weltmarktschibe und dadurch war für die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Industrie ein natürlicher Schutz gegen die ausländische Konkurrenz gegeben. Zur Zeit war die Viehhaltung des deutschen Freilandbauers der Zwangswirtschaft zu verdanken, aber die Agrarier unter Agrarier Zeter und Mordio schrien, die wurden zu begeisterten Anhängern der wirtschaftlichen Freiheit und alle Tage konnten wir hören, daß es der Wirtschaft nur gut gehen könne, wenn der Staat seine Hand dazwischenwerfe. Aber die Agrarier ändern sehr schnell ihre Ansichten, wenn es ihr Geldbeutel erfordert. Heute noch und sie für die Freiheit der Wirtschaft begeistern, morgen schon verlangen sie, daß der Staat in die Wirtschaft eingreift.

Die Sozialdemokratie bekommt oft von bürgerlichen Kreisen die bittersten Vorwürfe zu hören, weil sie so rüchlos sei, einen höchst verwerflichen Klassenkampf zu führen. Aber wenn es eine Klasse gibt, die es versteht, den Klassenkampf für ihren eigenen Nutzen zu führen, so sind es die Agrarier. Schreien, Schreien und wieder Schreien haben sie schon vor Jahrzehnten als ihre Parole angesehen. Nach allem Recht haben sie gehandelt und sie sind dabei auf geblieben. So auch jetzt. Ganz Deutschland hallt wieder von dem Schreien der Agrarier über die bittere Not der Landwirtschaft. Dabei muß man bedenken, daß es augenblicklich ein Landwirt in Deutschland ist, der seinen Lebensunterhalt nicht besonders gut zehrt. Die letzten Jahre wie die Industrie an dem Mangel an Kapital und Kredit, und die Preise vieler landwirtschaftlicher Produkte stehen unter Friedenshöhe. Die niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind eine Folge der Kreditnot, die die Konsumte nimmt, ihre Erzeugnisse um jeden Preis auf den Markt zu werfen. Zweitens ist von einer Not der Landwirtschaft die Rede kein kann, hat sie ihre Ursachen in untern allgemeinen wirtschafspolitischen Schwierigkeiten, und sie werden behoben werden, wenn es überhaupt gelänge, einen Ausweg aus den Wirren unserer Wirtschaft zu finden, ein Ziel, das am meisten vom erreicht werden kann, wenn das Sachverhältnis zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen in der Welt zu gelassen. Aber gerade die politischen Vertreter des Agrarierinteresses sind erkrankene Geister der Annahme des Zollerhöhungsantrages. Sie sind in den Parteien zu finden, die durch eine förmliche Inflation den Konflikt mit der Entente immer mehr verschärfen möchten.

Außerdem gehört seit jeder Volkswirtschaft nicht zu den sprichwörtlichen Tugenden. Die Agrarier denken gar nicht daran, sich damit zufrieden zu geben, daß durch eine allgemeine Verbesserung unserer wirtschafspolitischen Verhältnisse auch ihre Lage besser wird. Wie im alten deutschen Reich wollen sie wieder auf stehen der Rollen des Volkes ihre Löhne fällen, und die Regierung hat bei ihrer Willkür entgegenzukommen. Dem Reichswirtschaftsrat ist bereits eine Zollvorlage zugewiesen. Als eine solche Vorlage für Getreide, Kartoffeln, Milchvieh, Schafe, Schweine und Ackerbauvieh verfaßt, und zwar nach den Zöllen des Zolltarifs von 1902, der damals von der Reichsversammlung im letzten Kampfe gegen die Sozialdemokratie angenommen wurde.

Während die Landwirtschaft durch die Kreditnot gezwungen ist, ihre Produkte nur jeden Preis auf den Markt zu werfen, werden auch Zölle nicht verhindern können, daß die deutschen Viehe unter Weltmarktschibe sind. Dabei kann es aber nur um einen vorübergehenden Zustand handeln. Heber kurz oder lang müssen die Zölle, die schon für die neue Entente gültig sein sollen, dann fallen, daß wir mit untern Nahrungsmittelpreisen über Weltmarktschibe kommen. Nur die Regierungsmänner unter Lebenshaltung, die dem deutschen Volk zu verfallen ist, nach dem allerdings ein Proben herauskommt. Es ist die Umkehrung um 1/2 Prozent herabgesetzt werden. Aber die Preisermäßigung, die im besten Falle durch die Herabsetzung der Umsatzsteuer erzielt werden könnte, erweist sich als ungenügend, um die Weltmarktschibe durch die Zollwucherungen auszugleichen.

Nur unter Volkswirtschaft bedeutet die Erhöhung der Agrarzölle eine große Gefahr. Eines der Hauptübel, unter denen wir leiden, ist unser viel zu geringer Export. Einmal es den Agrarier, die Erzeugnisse der Landwirtschaft durch höhere Zölle auszuverkaufen, so werden dadurch die Produktionskosten unserer Industrie erhöht. Schließlich aber ist, daß die Arbeiter den Schaden, den ihnen die Zollwucherungen

bringt, nicht so leicht wieder durch Lohnerhöhungen gutmachen können. Dem deutschen Arbeiter aber geht es wahrlich schlecht genug, und wenn er zehnjährig wird, seine Lebenshaltung noch herabzusetzen, muß dadurch seine Leistungsfähigkeit stark verringert werden. Mit hungernden Arbeitern aber kann Deutschland den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt nicht mit Erfolge bestehen.

Den Agrarzöllen werden natürlich auch recht bald Industriezölle folgen. Ohne Gegenleistung werden die Leute von der Großindustrie den Agrarier kaum die Unterstützung gewähren, die sie zur Erfüllung ihrer Zollwünsche dringend brauchen. So könnten die Preise untern Industrieprodukte über Weltmarktschibe stehen bleiben. Gerade die wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Monate haben gezeigt, wie bitter notwendig unsere Industrie den frischen Luftzug der ausländischen Konkurrenz braucht. Daß es in den letzten Jahren nur durch die fortschreitende Geldentwertung vor der Auslandskonkurrenz geschützten Unternehmen verstanden haben, ihre Betriebe technisch und organisatorisch abzubauen, ist schon oft genug darauf hingewiesen worden. Werden sie durch Zölle gezwungen, so brauchen sie sich auch in Zukunft nicht allzu sehr um die Ausgestaltung ihrer Betriebsorganisation zu sorgen. Im Ausland kann man dann gegen hohe Preise nehmen und verlangen, den Export durch sogenanntes Dumpings aufrechtzuerhalten, indem man nach dem Ausland auf seinen der inländischen Verbraucher billiger verkauft als im Inland. Eine sehr gefährliche Praxis, weil dieses Dumping sehr leicht vom Ausland mit politischen Gegenmaßnahmen beantwortet wird. Daß hohe deutsche Einfuhrzölle ein schweres Hindernis bei Handelsvertragsverhandlungen mit allen Ländern sind, liegt auf der Hand. Auch von diesem Gesichtspunkt aus stellen die geplanten Zollwucherungen eine große Gefahr für das deutsche Volk dar. Gelänge es den Agrarier und der ihr gefügigen Reichsregierung, ihre Pläne wahrzumachen, so würden die Massen des deutschen Volkes die Lufttätigkeit für die schlechten Wahlen vom 4. Mai bekommen. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich alles tun, was in ihren Kräften steht, um die den Massen des Proletariats drohende schwere Belastung abzuwenden.

Die Zollpläne der Reichsregierung

Dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichsfinanzminister unter Mitwirkung des Landwirtschaftsministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft der Entwurf eines Gesetzes über Zölle und Verbrauchssteuer mit Begründung zur Begutachtung vorgelegt worden, der am 15. Juli im wirtschafspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zur ersten Beratung stehen wird. Wie die Triunion mitteilt, hat der Vorkonferenzrat im wesentlichen den folgenden Wortlaut:

Artikel 1 behandelt die Zölle. Nach § 1 ist vorzusehen, die Bekanntmachung, betreffend die vorübergehende Einfuhrerleichterung vom 4. August 1914, aufzugeben, soweit sie sich auf die Nummern des Zolltarifs bezieht, desgleichen die Bekanntmachung über vorübergehende Zollrückstellungen vom 27. Mai 1915, die sich auf die Nummern des Zolltarifs bezieht, aufzugeben. § 2 soll die Geltungsdauer des Gesetzes über vorübergehende Zollrückstellungen oder Aushebung von Zöllen vom 21. Juli 1921 mit Wirkung vom 4. Juli 1924 mit der Maßgabe bis zum 31. Juli 1926 verlängern, daß die Reichsregierung ermächtigt ist, bei einem Nummer des Zolltarifs Zölle ohne Rücksicht auf die am 16. Juli 1914 gültigen Verträge zollfrei festzusetzen. § 3 betrifft Einfuhrzölle von Roggen, Weizen, Hafer und Gerste. § 4

verlängert die Geltungsdauer des Gesetzes über die Regelung zur vorübergehenden Zolländerung vom 5. August 1922 mit Wirkung vom 1. Juli 1924 bis zum 30. Juni 1926.

Artikel 2 bringt eine Neuordnung der Umsatzsteuer. Nach § 1 wird die Umsatzsteuer von 25 v. H. auf 2 v. H. ermäßigt. Nach § 2 wird das Umsatzsteuergesetz geändert. Bei Abwicklung mehrerer, von verschiedenen Unternehmen abgeschlossener Umsätze sind nur die Lieferungen desjenigen Unternehmens steuerpflichtig, die den unmittelbaren Weg übertragene und mit Bezug auf die noch weitere gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. § 3 regelt die Zuständigkeit des Reichsfinanzministers zum Erlaß von Bestimmungen mit Zustimmung des Reichsrates.

Artikel 3 enthält Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

Zusatz zur Begründung

zu dem Gesetzentwurf sind die folgenden Bemerkungen herabzugeben: Die deutsche Wirtschaft muß härter denn je sich das Ziel eines Ausgleiches der Handelsbilanz setzen. Hierfür ist es notwendig, die Bedingungen der Produktion so günstig wie möglich zu gestalten, und ebenso ist es von ausschlaggebender Bedeutung, die zur Zeit verminderte Intensität der deutschen Landwirtschaftlichen Erzeugung wiederherzustellen. Um die damit notwendige verbundene Belastung des Verbrauchers in erträglichen Grenzen zu halten, muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Ursachen der in Kraft tretenden autonomen Zölle angemessen zu senken. Eine weitere wesentliche Entlastung des Verbrauchers soll durch eine Ermäßigung der allgemeinen Umsatzsteuer erreicht werden. Die gefährliche, sich ständig noch verschärfende Krise, in der sich die deutsche Landwirtschaft befindet, wird am besten gekennzeichnet durch das Verhältnis der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu denen für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel. Während die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Getreide und Kartoffeln) sich zur Zeit auf etwa 85 v. H. der Kriegshöhe bewegen, betragen sie für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Düngemittel, Maschinen und Geräte) durchschnittlich etwa 115 v. H. der Kriegshöhe. Abgesehen von den enormen Kosten der Kreditbeschaffung und der steuerlichen Belastung erfährt diese Lage eine weitere Erschwerung durch den Umstand, daß die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch der Ausfuhr unterliegen. Wenn nicht durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, muß bereits für die Herbstbestellung 1924 und damit für die Ernte 1925 mit einer starken Verminderung der Inlandsaufsätze gerechnet werden. Die Entlastung der Landwirtschaft durch die bei Regelung der Interpellationen über die Agrarverhältnisse am 27. Juni 1924 im Reichstags abgeordneten Regierungserklärung bei den in Artikel 1 § 1 genannten Waren (es folg eine Aufhebung der Waren) die Vieherhaltung der autonomen Zölle vor und ermächtigt gleichzeitig die Regierung, nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse die Zölle auf die Höhe der früheren Vertragszölle herabzusetzen.

Unter den früheren Zollhöhen sind Anbaufläche und Ertrag der deutschen Landwirtschaft wesentlich gesteigert worden. Daß Agrarzölle eine Belastung der Verbraucher bedeuten, kann nicht bestritten werden. Hoher die Höhe der Belastung gehen die Meinungen auseinander. Es fragt sich, ob der Zoll ganz vom Inland getragen wird, oder ob ein Teil auf das Ausland abgewälzt wird. Es zeigt sich, daß das Ausland den Zoll bereits zur Hälfte getragen hat, auch bei Roggen ist der Zoll, besonders soweit es sich um russischen Roggen handelt, zum großen Teil vom Ausland getragen worden. Der Rückgang an Roggen und Weizen auf dem Weltmarkt beläuft sich zur Zeit auf etwa 8 bis 7 Millionen Tonnen. Man kann daher erwarten, daß unter den heutigen Verhältnissen ein großer Teil des Jolles vom Ausland getragen werden wird. Hierbei wird die in der Landwirtschaft herrschende Kapitalnot vorwiegend zur Folge haben, daß die heimische Ernte unter allen Umständen rasch an den Markt kommt. Die Entlastung der deutschen Viehhaltung in der Nachkriegszeit hat langsam eine Verbesserung erfahren. Wie die Vieh- und Schweinepreise der letzten Monate zeigen, wird der deutsche Viehbestand in der Lage sein, den gegen die Kriegszeit fast gemindertem Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung zu decken.

Krawall im thüringischen Landtag

Fröhlich's Erklärung

Weimar, 10. Juli. (Ein. Draht.)

In der Donnerstag-Sitzung des thüringischen Landtags kam es zu Aufrühen, wie sie sich seit dem Begehen des Landes Thüringen noch nicht ereignet haben. Während einer Rede des Genossen Hermann betrat der am Mittwoch auf die Dauer von acht Sitzungstagen ausgeschlossene kommunistische Abgeordnete Beck den Sitzungssaal. Als der Präsident ihn erblckte, unterbrach er sofort den Redner und forderte den ausgeschlossenen Abgeordneten auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Da dieser sich weigerte, wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen. Auf Verlangen des Präsidenten ließ Minister Sattler ein Aufgebot von etwa 20 Beamten der Landespolizei kommen, die in Lastautomobilen eintrafen. Ein Verantworter mit zehn Mann betrat den Sitzungssaal und forderte den Abgeordneten Beck im Namen der Regierung auf, den Saal zu verlassen. Beck weigerte sich jedoch, der Aufforderung nachzukommen. Daraufhin entfernten ihn die Beamten unter Beistand der sich um ihn scharenden kommunistischen Abgeordneten gewaltsam aus dem Sitzungssaal. Im Gedränge fiel die kommunistische Abgeordnete Frau Schmitt, die sich den Landespolizeibeamten entgegengebeugelt hatte, zu Boden. Die Eingänge zum Landtagsgebäude wurden von Beamten der Polizei besetzt. Beim Verlassen wurde ohne Ausweis herein gelassen.

Die Kommunisten, die sich auf diesen Vorfall wohl vorbereitet hatten, versuchten, photographisch Aufnahmen zu machen. Das gelang ihnen aber wegen der schlechten Lichtverhältnisse im Saal nicht. Dagegen

photographierten sie die Gruppe der Landespolizei, die den Abgeordneten Beck aus dem Portal des Landtags entfernte. Nach diesem Zwischenfall wurde die Sitzung abermals auf längere Zeit unterbrochen. Nach Wiedereröffnung beschloß die bürgerliche Mehrheit die Aufhebung der Immunität des Genossen Hermann in namentlicher Abstimmung. Dieser Beschluß wurde mit Pfaukrufen der Linken angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab Genosse Fröhlich für die sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab:

Nach den Antworten, die Staatsminister Sattler auf die Anfrage über die Genesung eines Stahlhelmtages in Gera und das Verbot einer Sonnenfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend in Bernsdorf-Altenhausen gegeben hat, sieht sich die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, festzustellen, daß nach den gegebenen Antworten die Ausführung des Ministers Sattler eine parteipolitisch einseitige, gegen Anhänger der Republik gerichtete ist. Am Gegenstand zu seinem Verhalten gegen republikanisch eingesetzte Organisationen steht sein Engagements gegenüber solchen Organisationen gegenüber, die sich militärisch uniformieren und militärisch gebildet, die sich als unpolitisch bezeichnen, deren Führer aber in der Praxis den Kampf gegen die Republik predigen und auf einen Krieg mit Frankreich hinarbeiten, wie dies auch wiederum auf dem Stahlhelmtage in Gera am 8. Juli geschehen ist. Der Stahlhelm ist keine unpolitische Vereinigung, wie das der Herr Staatsminister hinstellen wollte. Sowie durch den Landtagswahlkampf, wo er sich insbesondere in der wirtschafspolitischen Arbeit und dem Kampf um den Sieg der sozialistischen Partei über die politische Einstellung seiner Führer abspielt, ist seine inner- und außerpolitische Betätigung erwiesen. Daraus ändert die